

**21. Sitzung vom Montag, 18. März 2013, 19.00 bis 21.50 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus**

Anwesend:	Gemeinderat 25 Mitglieder
	Stadtrat Walter Bosshard, Stadtpräsident Walter Baur Mark Eberli (ab 19.30 Uhr) Jürg Hintermeister Hanspeter Lienhart Willi Meier Willi Wismer Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.
Entschuldigt:	Andrea Schmidhauser Jürg Rothenberger
Vorsitz:	bis Traktandum 2a): Denis Faoro ab Traktandum 2a): Michael Graf
Protokoll:	Pascal Sidler, Ratssekretär
Weibeldienst:	Markus Schiess, Stadtweibel

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats, des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder. Ebenso begrüsst er das Personal der Stadtverwaltung. Er verdankt die Arbeit der Zurückgetretenen Mitglieder Stephan Stottele, Claude Schwank und Roger Emch. Er begrüsst die neuen Mitglieder Frédéric Clerc und Felix Böni. Der Sitz der SVP ist noch nicht besetzt und bleibt für die heutige Sitzung leer.



Aufgrund des Rücktritts des Stimmenzählers Claude Schwank und der Abwesenheit der Stimmenzählerin Andrea Schmidhauser werden auf Vorschlag des Vorsitzenden für den ersten Teil der Sitzung, d.h. bis zum Traktandum 2d) David Galeuchet und Patrick Tantanini einstimmig als Stimmenzähler ad interim gewählt.

Eingang von persönlichen Vorstössen

Postulat Stefan Basler und Mitunterzeichner vom 31. Januar 2013 betr. Prüfung Verkehrsverbindung vom/zum Bahnhof

„Der Stadtrat wird eingeladen, verschiedene Varianten inklusive Kosten zu prüfen, wie man eine zusätzliche Verkehrsverbindung vom/zum Bahnhof wie auch eine direkte Ost-West-Verbindung realisieren könnte.“

Postulat David Galeuchet und Mitunterzeichner vom 4. Februar 2013 betr. Nutzung Guggenheim Scheune

„Der Stadtrat wird gebeten:

- Die rechtliche Basis für eine Nutzung der Guggenheim Scheune als Begegnungsraum und oder gastronomische Lokalität herbeizuführen (Umzonung, Gestaltungsplan).
- Der Stadtrat erstellt ein Konzept und Projekt zur Nutzung der Guggenheim Scheune als Begegnungsraum und oder gastronomische Lokalität.“

Das Postulat wird zur Behandlung auf die Traktandenliste der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt.

Interpellation David Galeuchet und Mitunterzeichner vom 4. Februar 2013 betr. erneuerbare Energien für die Bülacher Bevölkerung

„Die Stadt Bülach bezieht den Strom über die EKZ. Die EKZ bieten neben dem Standard Produkt EKZ Mixstrom aus 38% Kernenergie auch Stromprodukte an, welche 100% aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Seit 2012 bezieht die Verwaltung der Stadt Bülach Naturstrom Basic als Standard Strom.

- Können die Verträge mit den EKZ so angepasst werden, dass in Bülach Naturstrom Basic als Standard Strom an die Endverbraucher angeboten wird?
- Wann laufen die bestehenden Verträge mit den EKZ aus? Müssen die bestehenden Verträge auslaufen, bevor eine Umstellung auf Naturstrom als Standardstrom möglich ist?

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 18. März 2013

- Kann die Stadt Bülach Strom von anderen Anbietern als der EKZ beziehen? Würde es dadurch Kostenvorteile für die Endverbraucher geben?
- Was für Mehrkosten würde eine Umstellung von EKZ Mixstrom auf Naturstrom Basic für den durchschnittlichen Bülacher-Haushalt bzw. Juristische Person in Bülach bedeuten?
- Wie aufwändig wäre ein „Downgrade“ für die Endverbraucher zum Mixstrom mit 38% Kernenergie?“

Die Interpellation wird unter Traktandum 3 begründet.

Stefan Basler stellt den Antrag, dass sein Postulat sofort behandelt wird.

Abstimmung

Der Rat stimmt dem Antrag mit 13 Ja- zu 9 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Die Behandlung wird unter Traktandum 4 zusätzlich auf die Traktandenliste gesetzt.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 10. Dezember 2012
2. Wahlen
 - a) Präsident/in des Gemeinderats
 - b) 1. Vizepräsident/in
 - c) 2. Vizepräsident/in
 - d) 3 Stimmzähler/innen
 - e) Ersatzwahl in die Fachkommission I (verschoben)
 - f) Ersatzwahlen in die Fachkommission II
3. Interpellation David Galeuchet betr. erneuerbare Energien für die Bülacher Bevölkerung – Begründung
4. Postulat Stefan Basler und Mitunterzeichner vom 31. Januar 2013 betr. Prüfung Verkehrsverbindung vom/zum Bahnhof – Begründung
5. Interpellation Andrea Spycher betr. Sportpark Erachfeld, Projekt und Standort Dreifachturnhalle – Antwort des Stadtrats
6. Postulat Michael Graf betr. Anpassung Geschäftsordnung, Ausstandspflicht – Antwort des Stadtrats
7. Interpellation Samuel Lienhart betr. Ausfälle durch die Vorlage: Gegenvorschlag zur Initiative „Grundstückgewinnsteuer – ja aber fair“ – Antwort des Stadtrats



8. Städtische Liegenschaft Allmendstrasse 8 (Stadhalle), energetische und allgemeine Sanierung, Erweiterung Foyer, Neubau Photovoltaikanlage, Verpflichtungskredit von 3'515'500 Franken
9. Sanierung Schulanlage Schwerzgrueb, Kredit von 2'651'000 Franken
10. Forstwerkhof Brengspel, Einbau Büroräumlichkeiten, Kreditabrechnung
11. Sportplatz Gringglen, Einbau eines Kunstrasens auf dem Platz 2, Kreditabrechnung
12. Informationen von Stadtrat Eberli betr. Betriebsführung der Rössligasse durch die Stiftung Alterszentrum Bülach
13. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
14. Diverses

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 10. Dezember 2012

Das Protokoll vom 10. Dezember 2012 wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Wahlen

a) Präsident/in des Gemeinderats

Der Vorsitzende beschliesst sein Präsidialjahr mit folgenden Worten: „Mein Präsidialjahr ist erwartungsgemäss sehr schnell vorbei gegangen. Ehrlich gesagt, dachte ich bei Amtseintritt, dass die Sitzungsleitung sehr stressig und mühsam sei. Doch ich habe es ausserordentlich genossen und es hat mir viel Freude bereitet die Sitzungen zu leiten. Wie ich vor einem Jahr bei meiner Antrittsrede bereits angekündigt habe, sind mir kleinere Fehler passiert. Nun möchte ich mich dafür entschuldigen. Das wir die Sitzungen trotzdem problemlos und schnell durchführen konnten, verdanken wir vor allem Denise Meyer und Pascal Sidler die mit viel Fachkompetenz mir immer zur Seite gestanden sind. Ebenfalls möchte ich mich bei den übrigen Büromitgliedern bedanken. Die Sitzungen empfand ich immer als sehr konstruktiv und kollegial.

Positiv bleibt mir nicht nur die Sitzungsleitung in Erinnerung, sondern auch die zahlreichen Veranstaltungen die ich besuchen konnte. Ich konnte viel verschiedene Bülacher und Bülacherinnen und Bülach dadurch noch besser kennen lernen. Leider konnte ich nicht alle Einladungen annehmen, konnte aber meistens eine Vertretung aus dem Gemeinderat organisieren.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 18. März 2013

Aus verschiedenen Gründen mussten dieses Jahr viele Kollegen ihre Arbeit im Gemeinderat niederlegen. Dies bedauere ich sehr und hoffe den Rest der Legislatur mit der heutigen Zusammensetzung beenden zu können.

Nun möchte ich meinem Nachfolger alles Gute und viel Vergnügen in seinem Präsidialjahr wünschen."

Stefan Schnegg schlägt namens der IFK Michael Graf (SVP) für das Präsidium vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt.

In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 25 Wahlzetteln 24 Stimmen auf Michael Graf, bei einer vereinzelt Stimme. Das absolute Mehr beträgt somit 13. **Michael Graf** ist für das Amtsjahr 2013/14 als **Präsident** gewählt.

Michael Graf bedankt sich für die Unterstützung bei den Mitgliedern des Büros, dem Weibel Markus Schiess, dem Ratssekretär Pascal Sidler und in besonderem Masse bei seiner Familie.

Denis Faoro kehrt in den Rat zurück, der neue Vorsitzende, **Michael Graf**, übernimmt die Sitzungsleitung.

b) 1. Vizepräsident/in

Stefan Schnegg schlägt namens der IFK Julia Pfister (EVP) als 1. Vizepräsidentin vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt.

In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 25 Wahlzetteln 23 Stimmen auf Julia Pfister. Ein Wahlzettel wurde leer eingelegt, eine Stimme ist vereinzelt. Das absolute Mehr beträgt somit 13. **Julia Pfister** ist für das Amtsjahr 2013/14 als **1. Vizepräsidentin** gewählt.

c) 2. Vizepräsident/in

Stefan Schnegg schlägt namens der IFK Frédéric Clerc (FDP) als 2. Vizepräsidenten vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt.



In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 25 Wahlzetteln 21 Stimmen auf Frédéric Clerc. Drei Stimmen wurden vereinzelt und ein Wahlzettel leer eingelegt. Das absolute Mehr beträgt somit 13. **Frédéric Clerc** ist für das Amtsjahr 2013/14 **als 2. Vizepräsident** gewählt.

d) 3 Stimmenzähler/Innen

Die IFK macht gemäss **Stefan Schnegg** folgenden Wahlvorschlag für die Stimmenzähler:

- **Manuela Meier (SVP)**
- **Nadja Naegeli (SP)**
- **David Galeuchet (Grüne)**

Der Vorsitzende erklärt, dass üblicherweise die bisherigen Stimmenzähler diese Wahl noch auszählen. Er schlägt vor alle drei Stimmenzähler in globo zu wählen.

Im ersten Wahlgang der offenen Wahl erreichen das absolute Mehr von 13 Stimmen und sind einstimmig gewählt:

- **Manuela Meier (SVP)**
- **Nadja Naegeli (SP)**
- **David Galeuchet (Grüne)**

Folgende Sektoren werden den Stimmenzählern zugewiesen:

Manuela Meier	Block links
Nadja Naegeli	Block rechts
David Galeuchet	Block Mitte (inkl. GR Büro)

e) Ersatzwahl in die Fachkommission II

Durch die Wahl von **Michael Graf** ins Präsidium sowie die Rücktritte von **Stephan Stottele** und **Claude Schwank** sind drei Sitze in der Fachkommission II frei geworden.



Die IFK macht gemäss **Stefan Schnegg** folgenden Wahlvorschlag:

- Denis Faoro (SP)
- Frédéric Clerc (FDP)
- Felix Böni (Grüne)

Der **Vorsitzende** schlägt vor, alle drei Sitze in globo zu besetzen.

Im ersten Wahlgang der offenen Wahl erreichen das absolute Mehr von 13 Stimmen und sind einstimmig gewählt:

- Denis Faoro (SP)
- Frédéric Clerc (FDP)
- Felix Böni (Grüne)

Traktandum 3

**Interpellation David Galeuchet betr. erneuerbare Energien für die Bülacher Bevölkerung –
Begründung**

David Galeuchet hat mit Datum 28. Januar 2013, eingegangen am 4. Februar 2013, eine Interpellation betr. erneuerbare Energien für die Bülacher Bevölkerung eingereicht.

David Galeuchet begründet seinen Vorstoss wie folgt: „Die Energiewende ist in aller Munde. Der Bundesrat hat seine Energiestrategie 2050 erarbeitet. Der Bundesrat will eine erneuerbare Energiezukunft einleiten. Früher oder später (hoffentlich nicht zu spät) müssen die veralteten Atomkraftwerke abgestellt werden. Der Ersatz dieser Kraftwerke soll durch erneuerbare Energien, welche die Umwelt nicht belasten erzeugt werden. Damit die Strategie des Bundes erfolgreich umgesetzt werden kann, müssen wir auf allen Ebenen aktiv werden. Auch Bülach ist aufgerufen ihren Anteil daran beizusteuern. Verschiedene Städte wie Zürich, Basel und Wallisellen bieten ihren Kunden als Standard Strom Ökostromprodukte an, welche keinen Atomstrom oder Strom aus Kohlekraftwerken mehr enthalten. Auch die Verwaltung der Stadt Bülach geht als gutes Beispiel voraus und kauft bei der EKZ für Ihren Verbrauch Ökostrom ein. Da Bülach kein eigenes Elektrizitätswerk besitzt, kann eine solche Umstellung für die Einwohner nicht eigenständig festgelegt werden.“



Gerne möchte ich mit dieser Interpellation klären lassen, ob man unseren Stromlieferanten – die Elektrizitätswerke der Kanton Zürich – dazu veranlassen kann, auf dem Stadtgebiet der Stadt Bülach als Standardprodukt Naturstrombasic anzubieten.

Der Strommix der Stadt Zürich besteht heute aus fast 70% erneuerbaren Energien. Der Standard Mix der meisten anderen Elektrizitätswerke liegt bei 20 – 25% erneuerbaren Energien. Obwohl die Kunden in der Stadt Zürich jederzeit die Möglichkeit haben, ein anderes Stromprodukt zu wählen, haben nur wenige den Schritt zurück zum Atomstrom gemacht. Dies zeigt auf, dass die Stromkosten für die Konsumenten in den meisten Fällen keine zentrale Rolle spielen und ein automatischer Wechsel auf ökologische Stromprodukte kein Problem darstellt. Hingegen werden nur sehr wenige selbst aktiv, wenn es darum geht ein erneuerbares Stromprodukt selbst zu wählen.

Falls die Elektrizitätswerke des Kanton Zürich nicht gewillt sind auf dem Stadtgebiet von Bülach Naturstrom Basic als Standardprodukt anzubieten stellt sich die Frage, ob Bülach für seine Einwohner einen anderen Stromanbieter wählen kann.“

Stadtrat Hanspeter Lienhart beantwortet die im Vorstoss enthaltenen Fragen wie folgt:

„1) Nein, es bestehen keine Verträge der Stadt Bülach zur Versorgung der Endkunden in Bülach mit Strom. Die EKZ haben diesen Auftrag aus dem EKZ-Gesetz des Kantons Zürich. Das Vertragsverhältnis besteht direkt zwischen den EKZ und den jeweiligen Endkunden.

2a) Verträge die nicht vorhanden sind können nicht auslaufen.

2b) Die Umstellung ist Sache des Endkunden.

3a) Gemäss Stromversorgungsgesetz könnte die Stadt Bülach einzig für ihre stadt eigenen Verbrauchsstellen, resp. Betriebsanlagen mit einem Stromverbrauch von mehr als 100 Megawatt den Strom von einem anderen Lieferanten beziehen.

3b) Nein, es entsteht kein Kostenvorteil für den Endverbraucher.

4a) Der Aufpreis von EKZ Mixstrom auf EKZ Naturstrom basic beträgt 1 Rp./kWh. (exkl. MWST). Bei einem KMU-Betrieb mit einem Stromverbrauch von 100'000 kWh pro Jahr bedeutet dies einen Aufpreis von ca. Fr. 83.00 pro Monat (exkl. MWST). Bei einem Privathaushalt mit einem Verbrauch von 5'500 kWh pro Jahr bedeutet dies einen Aufpreis von ca. Fr. 4.65 pro Monat (inkl. MWST).

4b) Wie vorstehend erläutert ist ein allgemeiner Upgrade auf EKZ Naturstrom basic durch die Stadt mit Wirkung für alle Endverbraucher nicht möglich. Die Wahl der Stromqualität (Produktwahl) kann einzig der Endverbraucher für sich selbst treffen. Gemäss Angaben der EKZ ist für den Endverbraucher ein Wechsel der Stromqualität somit auch ein allfälliges Downgrade auf EKZ Mixstrom (Standardprodukt mit 38%-Anteil Kernenergie) jährlich problemlos möglich. Option: Die Stadt Bülach könnte im Interesse einer „Verbesserung“ des allgemeinen Strommixes den ökologischen Mehrwert in Form von EKZ-Naturstromzertifikaten für ihr gesamtes Gemeindegebiet beziehen: Approximative Kostenberechnung: Basis Jahresverbrauch 2010 Stadt Bülach total ca. 92 GWh, ohne Verbrauch der Stadtverwal-



tung (diese bezieht seit 1.7.2012 bereits Naturstrom) von ca. 6 GWh resultiert ca. 86 GWh. Bei einem Aufpreis von 1 Rp./kWh ergibt sich somit eine Summe von ca. Fr. 860'000.- (exkl. MWST) pro Jahr. Dieser Aufpreis würde zulasten des allgemeinen Steuerhaushaltes gehen und könne kaum geleistet werden. Zudem stellte sich die Frage nach der Behandlung jener Endverbraucher, die bereits heute vom Naturstromangebot der EKZ Gebrauch machen."

David Galeuchet dankt dem Stadtrat für seine ausführliche Antwort.

Traktandum 4

Postulat Stefan Basler und Mitunterzeichner vom 31. Januar 2013 betr. Prüfung Verkehrsverbindung vom/zum Bahnhof – Begründung

Stefan Basler begründet seinen Vorstoss wie folgt:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es liegt mir fern die Arbeit unserer Exekutive und Verwaltung zu kritisieren, aber in diesem Fall muss ich das Wort ergreifen.

Als ich die Pläne im Zusammenhang mit der Zentrumsdurchfahrt gesehen habe, kam mir ein Gedanke. Was hat dieses Projekt mit Verkehr zu tun? Meine Antwort: Gar nichts!

Die Anzahl der Bäume lässt eher die Vermutung zu, dass es sich um eine Schrebergartensiedlung handelt. Zu allem Überfluss möchte man den Widerstand erhöhen und den Verkehr über den Altstadtring umleiten. Wer aber wie ich, in der Nähe des Altstadtrings wohnt, weiss dass das ins Chaos führen wird. Was ich mit dem Postulat erreichen möchte ist eine Entlastung des Altstadtrings und des Zentrums im Allgemeinen, wie auch ein verbesserter Zugang zum Bahnhof das die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt.

Bereits jetzt herrscht an Spitzenzeiten Stau. Die Bevölkerung wird weiter wachsen, Ausbau des ÖV und wachsende regionale Bedeutung sorgen für mehr Verkehr von und zum Bahnhof. Das vom Stadtrat geplant ZVG wird noch für zusätzlichen Verkehr sorgen. Noch nicht berücksichtigt ist der zusätzliche Verkehr der von „Büli Nord“ generiert wird. All dies sorgt für noch mehr Probleme im Zentrum und im Altstadtring. Die jetzt geplanten Massnahmen bieten absolut keine Lösung für unser Problem – im Gegenteil. Zusätzlicher Widerstand und in der Fahrbahn haltende Busse sorgen höchstens für den totalen Kollaps. Dies kann doch nicht die Strategie der Stadt Bülach sein.

Schon vor einigen Jahren hat man sich Gedanken zu diesem Problem gemacht. Was ist aus diesen Ideen geworden? Hat man diese zu Ende gedacht? Evtl. Aufgrund der hohen Kosten auf Eis gelegt oder begraben? Jetzt plant der Stadtrat x Millionen für kosmetische Korrekturen und für zusätzlichen



Durchfahrtswiderstand auszugeben. Ist es möglich, für ein paar Millionen mehr eine wirkliche Lösung zu realisieren und den Verkehr in Bülach wieder zum Fliesen zu bringen und gleichzeitig die direkten Anwohner zu entlasten? Wäre die Bülacher Bevölkerung bereit, den Preis für eine wirkliche Entlastung zu bezahlen. Ich denke Ja. Die Lösungsvorschläge brauchen nicht neu erfunden zu werden. Bereits vorliegende Lösungen sollen an die aktuellen Umstände angepasst und deren Kosten sollen neu gerechnet werden. So können diese Ideen auf den Tisch gebracht und sachbezogen diskutiert werden. Es kann nicht sein, dass einzelne Vorschläge aus ideologischen Gründen bereits im Vorfeld verworfen werden. Schliesslich ist es die Aufgabe des Stadtrats, Politik für die Mehrheit der Bevölkerung zu machen.

Es ist ein offenes Geheimnis das einer der Standortvorteile von Bülach die guten Anbindungen an die Verkehrsnetze sind. Wenn mit diesem GVK (Gesamtverkehrskonzept) dieser Standortvorteil verschlechtert wird, nehmen wir der Stadt die Möglichkeit sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu entwickeln. Kann sich Bülach das leisten?

Ich glaube fest daran dass unsere Exekutive und Verwaltung eine möglichst breit abgestützte Lösung präsentieren werden."

Stadtrat Hanspeter Lienhart nimmt das Postulat namens des Stadtrats entgegen.

Traktandum 5

Interpellation Andrea Spycher betr. Sportpark Erachfeld, Projekt und Standort Dreifachturnhalle - Antwort des Stadtrats

Andrea Spycher und Mitunterzeichner haben mit Datum 1. November 2012, eingegangen am 2. November 2012, eine Interpellation betr. Sportpark Erachfeld, Projekt und Standort Dreifachturnhalle eingereicht. Der Stadtrat hat die Interpellation von Andrea Spycher mit Beschluss vom 28. November 2012 (SRB-Nr. 343) fristgerecht beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Andrea Spycher nimmt wie folgt Stellung: „Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Gerne nehme ich dazu wie folgt Stellung: Es wurde viel geschrieben, viel erklärt, man hat die ganze Geschichte seit dem Jahr 2006 nochmals aufgelistet, obwohl sie wohl gemerkt viel früher begonnen hat. Trotz des langen Textes, wenn man die Antworten in der Tiefe zu verstehen versucht, sind sie nicht aussagekräftig und daher für mich wieder einmal nicht befriedigend.



Speziell folgende Punkte bewegen mich zu meiner Aussage: Meine Frage nach der Verbindlichkeit der Zusagen des Kantons wurde so beantwortet, dass sogar Ihr sie in Anführungs- und Schlusszeichen setzen musstet. Ihr müsst mir sagen, inwieweit eine Verbindlichkeit gegeben ist, wenn diese aus inhaltlichen Vorgaben und einem positiven Vorprüfbericht zum Planungsvorhaben hergeleitet wird.

Auch die zwar auf den ersten Blick lange Liste von seitens von mir geforderten Schriftstücken täuscht: Ein Masterplan „Erachfeld/Gringglen“, ein Protokoll des Steuerungsausschusses Erachfeld/Gringglen und auch ein Bedürfnisnachweis für einen Sportplatz belegen in keinsten Weise die verbindlichen Zusagen des Kantons. Meiner Meinung nach war der Stadtrat blauäugig und zu gutgläubig, denn aufgrund dieser Antworten liegt objektiv betrachtet absolut keine verbindliche Zusage des Kantons zum Sportplatz vor. Mir drängt sich die Frage auf, ob der Stadtrat unprofessionell und naiv gehandelt habe. Einzig dem Hindernis betreffend der kantonalen Kulturlandinitiative mag ich mich anschliessen: Bis zum Vorliegen der Gesetzgebung zur Umsetzung dieser Initiative bleiben kommunale Planungen ausgeschlossen bzw. sind zu sistieren. Umso mehr hat mich die Aussage von Walter Bosshard an seiner Neujahrsansprache erstaunt: Walti, Du hast gesagt, dass Deiner persönlichen Meinung nach die Hürden dieser Kulturlandinitiative aus dem Weg geräumt werden können.

Ich glaube Dir, dass Du den Glauben daran nicht verlieren willst, aber mit genau solchen Aussagen wird einfach der Bülacher Bürger, sicherlich nicht absichtlich, aber trotzdem getäuscht und in die falsche Richtung geführt. Vielleicht kommt es zwar so, wie Du es Dir wünschst. Aber Du weisst, dass die Ausgangslage in diesem Punkt noch gar nicht geklärt ist, da ja in erster Linie ein ganz anderes Gremium, nämlich Regierungs- und Kantonsrat über die Durchsetzung entscheiden muss. Leider kann ich auch der Antwort und dem Vorgehen zum Bau der Dreifachturnhalle bei der Hirslen nicht viel abgewinnen.

Ich möchte zwar festhalten, dass ich mir der Problematik der Vereine betreffend der Hallen sehr bewusst bin und diese Antwort nicht den Sport in Frage stellen soll. Nichtsdestotrotz finde ich es äusserst bedauerlich, dass nicht ein Standort gefunden werden konnte, welcher für alle Kreisgemeinden so attraktiv scheint, dass auch sie sich an den Investitionskosten und nicht nur an den Betriebskosten beteiligen würden. Auch hoffe ich für den Stadtrat, dass es genügt, nicht von einem NEIN an der Urne zu diesem Projekt auszugehen, weil sonst ein weiteres Mal vergeblich, viele Steuergelder investiert würden.“

Stadtrat Hanspeter Lienhart entgegnet, dass Anführungszeichen in Vorstössen Zitate markieren. Zudem führt er als Ergänzung der Seite 4 der Antwort an, dass der Regierungsrat in der Zwischenzeit am 12. Dezember 2012 die Ausführungsbestimmungen zur Kulturlandinitiative in die Vernehmlassung gegeben hat und darin Sport- und Erholungsanlagen von der Sistierung ausgenommen sind.

Denis Faoro beantragt eine Diskussion. Eine Mehrheit des Rates stimmt diesem Antrag zu.



Denis Faoro fragt bei Hanspeter Lienhart nach, ob die Antwort so verstanden werden kann, dass nun die Planungen Erachfeld weitergehen können.

Stadtrat Hanspeter Lienhart weist darauf hin, dass das Bundesgericht den Gemeinderats-Beschluss ausser Kraft gesetzt habe und somit kein Beschluss existiere, betreffend Erachfeld etwas zu unternehmen. Die nötige Anpassung im kommunalen Richtplan sei in der Zwischenzeit vorgenommen worden. Gemäss Bundesgerichtsentscheid muss die Prüfung von Kompensationsmöglichkeiten betreffend beanspruchten Fruchtfolgeflächen bereits im Rahmen des Beschlusses des Gemeinderats zur Zonenfestsetzung erfolgen.

Denis Faoro stellt ergänzend die Frage, ob es nun möglich sei, bei der Entwicklung Geld zu sparen?

Stadtrat Hanspeter Lienhart betont, dass keine Aussage diesbezüglich möglich ist.

David Galeuchet fragt nach, ob der Stadtrat am Erachfeld festhält.

Stadtrat Hanspeter Lienhart betont, dass diesbezüglich aktuell keine Beschlüsse bestehen.

Traktandum 6

Postulat Michael Graf betr. Anpassung Geschäftsordnung, Ausstandspflicht – Antwort des Stadtrats

Michael Graf und Mitunterzeichner haben mit Datum 29. Oktober 2012, eingegangen am 5. November 2012, ein Postulat betr. Anpassung Geschäftsordnung, Ausstandspflicht eingereicht. Der Stadtrat hat das Postulat von Michael Graf mit Beschluss vom 30. Januar 2013 (SRB-Nr. 35) fristgerecht beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Die 1. Vizepräsidentin, **Julia Pfister** übernimmt die Sitzungsleitung.

Michael Graf nimmt wie folgt Stellung zur Antwort des Stadtrats: „Nachdem ich die Antwort vom Stadtrat resp. von Roger Suter auf mein Postulat durchgelesen habe, dachte ich zuerst an folgende Aspekte: verpasste Chance, unlogische Antwort, brotlose Kunst!

Der Stadtrat ist nicht gewillt das Postulat umzusetzen. Er will keine zusätzliche Transparenz schaffen, indem z.B. bezahlte Nebenbeschäftigungen seiner Mitglieder offenlegt.



Der Stadtrat stellt in seiner Antwort fest, dass es im Rahmen des Milizsystems natürlich ist, dass sich Interessenskonflikte ergeben können. In Bülach ergeben sich laut stadträtlicher Antwort zum Glück keine Interessenskonflikte. Obwohl der Stadtrat angeblich mit grosser Sensibilität der Ausstandspflicht begegnet und es in Bülach keine Interessenskonflikte gibt – ist der Stadtrat nicht an zusätzlicher Transparenz, zusätzlichem Vertrauen, zusätzlicher Glaubwürdigkeit interessiert – es bestehe kein Handlungsbedarf. Dafür enthält die Antwort des Stadtrates Kunst – nämlich die Kunst auf eine Frage eine Antwort zu geben ohne die Frage effektiv zu beantworten.

Wenn ich mir die Politik des Stadtrates vor Augen führe, komme ich zu folgender Erkenntnis. Aus Sicht des Stadtrates soll Bülach als Bezirkshauptstadt in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle einnehmen. Dem Stadtrat ist es in seiner Geschäftsführung oft wichtig, eine höhere Qualität als gesetzlich notwendig zu erreichen. Mit Richtlinien, Zertifikaten und Qualitätslabel – selbstverständlich mit entsprechenden Mehrkosten – setzt er die Messlatte höher als nötig an. Das Postulat zeigt nun wo der Stadtrat bei sich die Messlatte ansetzt. Im Gegensatz zu seiner Politik, setzt er bei sich die Messlatte nicht höher als gesetzlich notwendig an. Der Stadtrat will bei sich weder eine Vorreiterrolle einnehmen, noch kann von Qualitätslabel die Rede sein.

Mit teuren Bevölkerungsumfragen versucht der Stadtrat sogenannte Bedürfnisse resp. wertvolle Erkenntnisse zu erkennen und politisch umzusetzen. Das breit abgestützte Bedürfnis – notabene gratis erkennbar – nach mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit in Form eines Postulatsantrages von Volksvertretern, ignoriert er jedoch und erachtet die bestehende gesetzliche Grundlage im Verwaltungsverfahrensgesetz als ausreichend. Dieses Gesetz stammt aus dem Jahr 1959 – seit 1959 hat sich die Gesellschaft verändert und der Wunsch nach Transparenz und Glaubwürdigkeit hat zugenommen. Aus diesem Grund gibt es zum Beispiel seit dem 1. Oktober 2008 das Öffentlichkeitsprinzip im Kanton Zürich. Die Antwort des Stadtrates ist – im Gegensatz zu seinen E-Government und Social Media Bestrebungen – mutlos, rückwärts gerichtet und passt perfekt ins Jahr 1959.

Am 25. November 2012, nach 2006 und 2009, lehnte die Bevölkerung von Bülach zum dritten Mal in Folge eine Erhöhung der Behördenentschädigung deutlich ab. Da der Stadtrat wohl kaum die Bevölkerung austauschen kann, muss er den Hebel bei sich ansetzen resp. die richtigen Schlüsse aus den Abstimmungsniederlagen ziehen, falls er zur Abwechslung eine Abstimmung auch mal gewinnen will. Mit einer solchen Postulatsantwort hat der Stadtrat – auch in diesem Zusammenhang – leichtsinnig eine gute Chance verpasst. Abschliessend bleibt nur noch der Wunsch, dass der Stadtrat in Zukunft seine Fähigkeiten zur Selbstreflexion resp. Selbstkritik steigern kann."

Stadtpräsident Walter Bosshard weist noch einmal darauf hin, dass die Stadträte über keine „Nebenämter“ verfügen würden, sondern neben dem Stadtratsmandat hauptberufliche Tätigkeiten ausführen würden. Zudem ist er der Meinung, dass die weit verbreitete Ansicht, der Stadtrat habe die EVO-



Abstimmung verloren, nicht den Tatsachen entspreche. Es sei schliesslich der Gemeinderat gewesen, der diese beschlossen habe.

Roland Kübler beantragt eine Diskussion. Eine Mehrheit des Rates stimmt diesem Antrag zu.

Samuel Lienhart hält fest, dass das Postulat für die SP-Fraktion von grossem Misstrauen gegenüber dem Stadtrat zeuge. Das Milizsystem mache Interessenkonflikte möglich, die zentrale Frage sei jedoch, wie mit diesem Thema umgegangen werde. Die SP-Fraktion halte die bestehenden Regeln für ausreichend und spreche dem Stadtrat das Vertrauen aus.

Roland Kübler ist von der Antwort enttäuscht. Sie enthalte viele Worte ohne konkrete Aussagen. Als Ergänzung zum Votum von **Michael Graf** verweist er darauf, dass das VRP von 1959 letztes Jahr revidiert wurde. Dabei habe der bürgerliche Kantonsrat entschieden auf schärfere Regeln zu verzichten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 24 Ja- zu 1-Nein-Stimme das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Der Vorsitzende, **Michael Graf**, übernimmt die Sitzungsleitung.

Traktandum 7

Interpellation Samuel Lienhart betr. Ausfälle durch die Vorlage: Gegenvorschlag zur Initiative „Grundstückgewinnsteuer – ja aber fair“ – Antwort des Stadtrats

Samuel Lienhart und Mitunterzeichner haben mit Datum 9. November 2012, eingegangen am 13. November 2012, eine Interpellation betr. Ausfälle durch die Vorlage: Gegenvorschlag zur Initiative „Grundstückgewinnsteuer – ja aber fair“ eingereicht. Der Stadtrat hat die Interpellation von Samuel Lienhart mit Beschluss vom 13. Februar 2013 (SRB-Nr. 48) fristgerecht beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Samuel Lienhart dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführliche Antwort.



Traktandum 8

Städtische Liegenschaft Allmendstrasse 8 (Stadthalle), energetische und allgemeine Sanierung, Erweiterung Foyer, Neubau Photovoltaikanlage, Verpflichtungskredit von 3'515'500 Franken

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission IV und der RPK vor.

Michel Pasche macht im Namen der Fachkommission IV Ausführungen zum Antrag. Es wird auf die **Beilage 1** verwiesen.

Samuel Lienhart ergänzt im Namen der Fachkommission IV, dass die Platzierung des Behinderten-WC verbessert werden konnte. Es sei zudem nicht sinnvoll, das vergrösserte Foyer für die Raucher zu opfern. Betreffend der LED-Beleuchtung ginge es nicht etwa darum zu sparen, sondern es läge eine neue Offerte vor.

Stadtrat **Jürg Hintermeister** dank der Fachkommission IV für die konstruktive Zusammenarbeit. Er erachtet die vorliegende Variante als sehr gut und unterstützt den Antrag Fachkommission IV.

Der **Vorsitzende** verliest **den Antrag der RPK**: „Die RPK beantragt mehrheitlich die Annahme des stadt-rätlichen Antrags mit folgendem Änderungsantrag: Streichung von 811'000.00 Franken für den Neubau einer Photovoltaikanlage. Stattdessen soll das Dach einem Contractor vermietet werden, welcher eine solche Anlage erstellt. Im Weiteren Unterstützt die RPK die Änderungsanträge der Fachkommission IV vollumfänglich.

Begründung: Die RPK ist mehrheitlich der Meinung, dass die Stadt Bülach keine Steuergelder für eine Photovoltaikanlage mit einem solchen Betriebsrisiko während 25 Jahren verwenden soll. Die Kommission erachtet es als wirtschaftlicher, wenn das Dach einer Drittperson vermietet wird, welche darauf eine solche Anlage erstellt.

Bemerkung: Während der Prüfung des vorliegenden Geschäfts stellte die RPK fest, dass sich im Untergeschoss der Stadthalle, direkt neben der Heizverteilung (Raum mit deutlich über 20 Grad Temperatur), die Serveranlage der städtischen IT befindet. Diese Räume sind nur durch eine dünne Mauer und eine Türe getrennt. Energietechnisch ist diese Lösung nicht sehr sinnvoll, da der Serverraum gekühlt werden muss. Weiter besteht ein sehr hohes Risiko eines Totalausfalls der IT, sollte im Heizverteiler sich eine Panne ereignen (Leck oder Rohrbruch). Auch nach mehrmaligem Nachfragen der FK IV und unseres Referenten, erhielten diese keine klaren Antworten, ob hier eine sicherere Lösung gesucht wird. Die RPK empfiehlt dringend, für dieses Problem eine Lösung zu erarbeiten.“



Stefan Basler erklärt namens der RPK, dass der eigene Betrieb einer Anlage ein hohes Risiko für die öffentliche Hand darstelle (Wetterabhängigkeit, Unsicherheit bzgl. der Zukunft der Energiegewinnungsform). Daher soll diese Aufgabe einem Contractor übertragen werden.

David Galeuchet führt aus: „Die Minderheit der RPK empfiehlt dem Antrag der Fachkommission VI zu folgen und die Photovoltaikanlage durch die Stadt realisieren zu lassen und damit ihre Vorbildfunktion für die Bürger wahrnehmen. Das finanzielle Risiko einer solchen Anlage erachtet die Minderheit der RPK als klein, da es sich um eine Technik handelt, welche sich seit über 30 Jahren bewährt hat. Beispiele aus der nächsten Umgebung, wie die Anlage der Kantonsschule Bülach, welche seit 1994 in Betrieb ist, und kaum einen Leistungsverlust aufweist, zeigen, dass von technischer Seite nicht mit unerwarteten Problemen gerechnet werden muss. Eine Erhöhung der Mittel welche für die Finanzierung der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) zur Verfügung stehen, wurde vom Nationalrat schon angenommen. Hängig ist noch der Entscheid im Ständerat. Dies würde dazu führen, dass ab dem 1.1.2014 die bestehende Warteliste deutlich schneller abgebaut werden kann und auch die Anlage auf dem Dach der Stadthalle spätestens 2015 oder 2016 aufgenommen werden kann. Falls der Stadtrat darauf verzichtet den Strom zu verkaufen und diesen selbst für die Verwaltung verbrauchen will, sinken entsprechend die Bezugsmenge von Naturstrom bei der EKZ. Aus unserer Sicht ist es nicht gegeben, dass ein Contractor die Synergien, welche sich durch die Renovation ergeben auch nutzen kann, da das Dach leider erst 2012 bei der KEV angemeldet wurde und wie schon erwähnt erst ab 2015 oder 2016 in den Genuss von KEV-Geldern kommen würde. Für die meisten Contractor ist aber ein Bau der Anlage ohne die Zusicherung dieser Mittel nicht realisierbar.“

Stadtrat **Hanspeter Lienhart** macht Ausführungen zum Teilprojekt 2 (Photovoltaikanlage). Er gibt im Namen des Stadtrates bekannt, dass dieser den Antrag der Fachkommission IV unterstütze und seinen eigenen fallen lasse. Aus Sicht des Stadtrates bietet sich bei tendenziell steigenden Energiekosten der Stadt die Chance, kostengünstig 70% des Energiebedarfs der Stadthalle selbst zu decken. Das geplante Vorhaben folge zudem der Strategie des Stadtrates, potentielle Flächen in Bülach als Beitrag zum Energiewandel zu nutzen. Die Firma Swissecosystem habe die betriebswirtschaftliche Seite der drei Varianten miteinander verglichen und komme zum Schluss, dass ein eigener Betrieb der Anlage im Gegensatz zum Contracting die wirtschaftlich sinnvollere Variante darstelle. Dies unter anderem auch deshalb, da die zu erwartenden Mieteinnahmen für das Dach bei der Contracting-Lösung gering ausfallen dürften. Für die detaillierten Ergebnisse der Analyse der Swissecosystem wird auf die **Beilage 2** verwiesen.

Stefan Schnegg stellt einen Ordnungsantrag nach Durchführung einer kurzen Pause. Eine Mehrheit des Rates stimmt diesem Antrag zu.



10 Minuten Pause

Fraktionserklärungen

Michel Pasche führt im Namen der SVP/EDU-Fraktion aus: „Sehr geehrter Ratspräsident, liebe Ratskollegen. Die SVP Bülach steht hinter unserer Stadthalle in Bülach. Sie ist ein wichtiger Begegnungspunkt für Menschen, Vereine und Organisationen von Bülach, Umgebung, des Kantons, ja sogar Schweiz weit. Die SVP unterstützt die Modernisierung der Technik, Anlagen und die notwendigen baulichen Sanierungen. Der Diskussionspunkt ist die Photovoltaikanlage. Auch die SVP ist für erneuerbare Energien, diese werden nicht bestritten. Aber wie soll diese PV-Anlage finanziert werden? Durch die öffentliche Hand? Oder durch einen Contractor? Die SVP Bülach unterstützt die 6. Sanierungsstufe der Stadthalle vollumfänglich mit den geplanten Änderungen der Fachkommission IV. Die SVP Bülach möchte eine modernere Stadthalle, dadurch die Unterhaltskosten senken, eine bessere Wettbewerbsfähigkeit erreichen und dadurch eine höhere Auslastung erzielen.“

Samuel Lienhart führt im Namen der SP-Fraktion aus: „Mit den zahlreichen Vermietungen und der Bereitstellung der Infrastruktur für eigene Anlässe und Info-Veranstaltungen erfüllt die Stadthalle einen wichtigen und sinnvollen Service Public für die Bülacher Bevölkerung und die ganze Region. Auch haben die Verantwortlichen in den letzten Jahren gezeigt, dass sie die Auslastung der Stadthalle kontinuierlich steigern konnten. Damit auch in Zukunft eine möglichst gute Auslastung erreicht werden kann, muss die Stadthalle den Bedürfnissen der Mieterinnen und Mietern und natürlich der gesamten Bevölkerung gerecht werden. Mit der Sanierung wird ein zeitgemässer Stand der Technik erreicht und die Räumlichkeiten werden eine deutliche Verbesserung in punkto Komfort aufweisen. Dass die Stadthalle sprichwörtlich aus allen Ecken und Enden pfeift sind wir uns sicherlich alle bewusst. Die SP-Fraktion ist sich deshalb einig, dass die energetische und allgemeine Sanierung der Stadthalle nötig ist, um einen guten Energiehaushalt zu erreichen und den verschiedenen Ansprüchen gerecht zu werden. Auch die alternative Idee für den Annexbau, die in den Gesprächen der Fachkommission und den Verantwortlichen der Stadthalle entstanden ist, hat die SP-Fraktion, was die verbesserte Nutzung und das grosszügigere Raumprogramm betrifft, überzeugt und rechtfertigen unter diesen Aspekten für uns auch die etwas höheren Ausgaben. Nun noch zur geplanten Photovoltaikanlage. Die SP-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Stadt Bülach mit der Realisierung der Anlage auf einem der prädestiniertesten Dächern einen wichtigen Schritt zur Energiewende leistet und Ihrer Vorbildfunktion gerecht wird. Gerade auch aufgrund der Tatsache, dass Bülach für ihre Verwaltungsgebäude nur noch Strom aus erneuerbaren Energien verwendet, erachtet es die SP-Fraktion als sinnvoll, die Anlage selber zu betreiben und nicht im Contracting die Dachfläche zu vermieten. Mit der von der Fachkommission vorgeschlagenen Ost/West Variante wurde eine gute und leistungsfähigere Lösung gefunden, die bis zum Baubeginn bestimmt schon wieder einen Leistungssprung gemacht hat. Die SP-

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 18. März 2013

Fraktion wird darum in allen Punkten den Anträgen der Fachkommission zustimmen. Ein solcher Entscheid steht im Einklang mit dem Auftrag des Gemeinderates, das Energielabel zu halten."

Marco Maggetti führt im Namen der EVP-Fraktion aus, dass diese die Anträge der Fachkommission IV unterstützt.

David Galeuchet führt im Namen der Grüne-Fraktion aus, dass diese die Sanierung der Stadthalle unterstützt und die Anträge der Fachkommission IV befürwortet.

Frédéric Clerc erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass diese die Anträge der Fachkommission IV unterstützt, allerdings mit Ausnahme dem Antrag zum Teilprojekt 2. Hier unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der RPK.

Detailberatung

Es wird keine Detailberatung gewünscht.

Abstimmungen

Der **Vorsitzende** informiert, dass jeder Kürzungsantrag der Fachkommission IV einzeln zur Abstimmung gebracht wird. Beim Teilprojekt TP 2 (Photovoltaikanlage) wird der Antrag der Fachkommission IV jenem der RPK gegenüber gestellt.

Der Gemeinderat stimmt dem Kürzungsantrag der Fachkommission IV betr. TP 2 mit 19 Stimmen zu. Der Antrag der RPK erhält 6 Stimmen.

Der Gemeinderat stimmt dem Kürzungsantrag der Fachkommission IV betr. TP 3 einstimmig zu.

Der Gemeinderat stimmt dem Kürzungsantrag der Fachkommission IV betr. TP 5 einstimmig zu.

Der Gemeinderat stimmt dem Kürzungsantrag der Fachkommission IV betr. TP 7 einstimmig zu.

Der Gemeinderat stimmt dem Kürzungsantrag der Fachkommission IV betr. TP 9 einstimmig zu.



Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 24 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

1. Für die energetische und allgemeine Sanierung, Erweiterung Foyer und dem Einbau einer Photovoltaikanlage in der Liegenschaft Allmendstrasse 8, Stadthalle, wird zu Lasten der Investitionsrechnung (090.5030.48) ein Verpflichtungskredit von 3'313'100.00 Franken bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die in der Zeit zwischen Aufstellung des Kostenvoranschlages (Index April 2011) und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung.
2. Der Beschluss unterliegt gestützt auf Art. 10 GO dem fakultativen Referendum. Wird ein solches ergriffen, wird der Stadtrat mit der Ausarbeitung der Abstimmungsweisung beauftragt.
3. Mitteilung an den Stadtrat

Traktandum 9

Sanierung Schulanlage Schwerzgrueb, Kredit von 2'651'000 Franken

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission II und der RPK vor.

Stefan Schnegg macht im Namen der Fachkommission II Ausführungen zum Antrag. Es wird auf die **Beilage 3** verwiesen. Die Fachkommission II empfiehlt einstimmig den Antrag der Primarschulpflege anzunehmen.

David Weingartner erklärt namens der RPK, dass diese sich dem Antrag der Fachkommission II anschliesst. Er bemerkt, dass die RPK im Gegensatz zur Fachkommission II den Entscheid des Bezirksrats abwartete, bevor sie das Geschäft beraten habe.

Alfred Schmid erklärt namens einer Minderheit der RPK, dass er über das Verhalten der Sekundarschule betr. Erneuerung der Heizung äusserst erstaunt sei. Er zeigt detailliert die Chronologie der Ereignisse auf. Die RPK hat das Thema intensiv untersucht und stellt fest, dass das Vorgehen der Primarschule – im Gegensatz zu jenem der Sekundarschule – jederzeit korrekt war. Er habe an der Kreisgemeindeversammlung vom 22. November 2012 das Verhalten und das Vorgehen der Sekundarschulpflege scharf kritisiert und als unprofessionell bezeichnet. Einzelne Teilnehmer haben ihr Unverständnis



ausgedrückt. Die RPK der Stadt Bülach sieht nun aber keine Möglichkeit mehr, einzugreifen und stimmt der Sanierung des Energiekonzeptes Schwerzgrueb zu.

Andrea Spycher stellt einen Minderheitsantrag, die künstlerische Ausgestaltung in der Höhe von 100'000 Franken zu streichen.

Stadtrat **Willi Wismer** ist froh, dass aufgrund des Bezirksratsentscheids nun eine Rechtsgrundlage bzgl. der Gebundenheit der Ausgaben besteht. Er dankt den Kommissionen für die Prüfung des Geschäfts.

Fraktionserklärungen

Manuela Meier erklärt im Namen der SVP/EDU-Fraktion, dass sie den Minderheitsantrag der RPK unterstützt. Ansonsten wird dem Antrag der Primarschulpflege zugestimmt.

Alfred Schmid erklärt: „Die FDP-Fraktion hat das Geschäft eingehend diskutiert. Wir haben uns auch grundsätzliche Fragen gestellt: Warum ist jetzt plötzlich die fehlende Erbebensicherheit ein grosses Thema, nachdem das Schulhaus über drei Jahrzehnte in Ordnung war? (Das Einholen von zwei Gutachten war ein weiser Entscheid); Wie gross wäre die Investition für ein neues Schulhaus? Warum war der heutige Zustand bei den Sanierungen der letzten Jahre kein Thema? Haben wir mit diesen knapp 23 Mio. die richtige Lösung getroffen, obwohl nicht mehr Schulraum geschaffen wird? Warum erstellen wir keinen Rohbaubereich, um später wie im Hohfuri Schulzimmer kostengünstig nach Bedarf zu erstellen? Tatsache ist, das Schulhaus muss saniert werden, wenn es nicht abgerissen wird. Das sind wir uns bewusst. Über das leidige Thema Gebundenheit bzw. Ungebundenheit mögen wir uns nicht mehr äussern. Wir haben uns deshalb speziell mit dem Kredit befasst, zu dem wir überhaupt noch etwas zu sagen haben. Wir werden den Kredit einstimmig genehmigen. Die Heizungs-Sanierung ist zwar äusserst investitionsintensiv, aber aufgrund der ausgewiesenen Wirtschaftlichkeitsrechnung (wenn sie dann auch so eintrifft) vertretbar und eine gute Lösung.

Noch ein Wort zu den Unterlagen und die diversen Präsentationen von Stadtrat, Architekt und Ingenieuren: kompetent und verständlich. Die Roadmap ist ehrgeizig, aber gemäss Fachleuten realistisch. Wir wünschen allen Zuständigen Erfolg mit diesem nicht einfachen Vorhaben.“

Norbert von Euw erklärt im Namen der SP-Fraktion, dass sie einstimmig dem Antrag des Stadtrats, inkl. Kunst, zustimmt. Er hofft, dass die Kinder bzgl. der Gestaltung der Kunst mitbestimmen können. Zudem hält er fest, dass das nachhaltige Energiekonzept überzeuge.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 18. März 2013

David Galeuchet erklärt im Namen der Grüne-Fraktion: „Die Schulinfrastruktur zu erhalten damit Bildung auf einem hohen Niveau in Bülach geboten werden kann ist für die Grüne-Fraktion zentral. Wir sind erfreut darüber, dass beim Heizsystem mit Wärmepumpen, thermischen Kollektoren und Photovoltaik-Anlage auf eine nachhaltige Energieversorgung des Gebäudes gesetzt wird. Die Grüne-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.“

Stefan Schnegg erklärt im Namen der EVP-Fraktion einstimmige Zustimmung zum Antrag.

Detailberatung

Beat Guyer ist überrascht, dass die RPK entgegen der Stadthalle hier nicht gegen die Photovoltaik sei.

Alfred Schmid unterstreicht den Unterschied der beiden Infrastruktur-Projekten.

David Galeuchet informiert, dass die RPK über die Bemerkung der Fachkommission II erstaunt war. Es fehlten Ausführung wo denn zu sparen sei.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag der RPK wird mit 10 Ja- zu 14-Nein- Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

1. Für die Sanierung des Schulhauses Schwerzgrueb wird für die nicht gebundenen Kosten ein Kredit von 2'651'000.00 Franken genehmigt. Die Kreditgenehmigung erstreckt sich auf mehrwertsteuer- und teuerungsbefreiung bedingte Mehr- und Minderkosten. Stichtag ist der 1. April 2011.
2. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an den Stadtrat und die Primarschulpflege

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 18. März 2013

Traktandum 10

Forstwerkhof Brengspel, Einbau Büroräumlichkeiten, Kreditabrechnung

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor.

Die RPK empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Peter Müller führt namens der RPK zum Thema aus. Es wird auf die **Beilage 4** verwiesen.

Fraktionserklärungen

Keine.

Detailberatung

Es wird keine Detailberatung gewünscht.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

1. Die Kreditabrechnung über den Einbau von Büroräumlichkeiten im Forstwerkhof Brengspel, wird mit Aufwendungen von 518'649.35 Franken und einer Kreditüberschreitung von 28'649.35 Franken genehmigt.
2. Es wird ein Nachtragskredit von 28'649.35 Franken zulasten des Investitionskontos 817.5030.3 bewilligt.
3. Mitteilung an den Stadtrat



Traktandum 11

Sportplatz Gringglen, Einbau eines Kunstrasens auf dem Platz 2, Kreditabrechnung

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor.

Die RPK empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen. Sie macht zudem folgende Bemerkung: „Durch die Kostenbeteiligung des FC Bülach (90'000 Franken) und den Subventionen des Zürcher Kantonalverbands für Sport (110'000 Franken) resultierte eine Nettobelastung von 923'476.90 Franken.“

David Galeuchet erklärt namens der RPK, dass der Abschied einen Fehler aufweist: Es liegt eine Kreditüberschreitung und keine –unterschreitung vor. Zudem enthält auch der Antrag und Weisung des Stadtrats eine falsche tabellarische Übersicht. Die korrekten Angaben werden gemäss **Beilage 5** aufgezeigt. Die Prüfung zeigte, dass alles korrekt verbucht und abgerechnet worden ist. Die RPK beantragt einstimmig die Annahme des Antrags.

Fraktionserklärungen

Keine.

Detailberatung

Stefan Basler erklärt, dass er der Abrechnung nicht zustimmen wird. Der Grund liegt darin, dass der FC Bülach in der Vergangenheit seinen finanziellen Verpflichtung lange nicht nachgekommen sei.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 22 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen:

1. Die Kreditabrechnung über den Einbau eines Kunstrasens auf Platz 2 des Sportplatz Gringglen wird mit Aufwendungen von 1'033'476.90 Franken und einer Kreditüberschreitung von 60'476.90 Franken genehmigt.
2. Es wird ein Nachtragskredit von 60'476.90 Franken zulasten des Investitionskontos 340.5030.3 bewilligt.
3. Mitteilung an den Stadtrat



Traktandum 12

Informationen von Stadtrat Eberli betr. Betriebsführung der Rössligasse durch die Stiftung Alterszentrum Bülach

Stadtrat **Mark Eberli** informiert zum Thema Betriebsführung der Rössligasse durch die Stiftung Alterszentrum Bülach. Es wird auf die **Beilage 6** verwiesen.

Zudem hält er fest, dass das BVO-Geschäft aktuell wieder beim Stadtrat liege. Es wird aufgrund der Feedbacks aus der Kommission aktuell überarbeitet.

Traktandum 13

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Walter Fehr fragt Stadtrat Mark Eberli an, um wie viele Jahre der Pachtvertrag bzgl. (Asyl) verlängert werden könnte und ob eine Verlängerung bereits erfolgt sei. Zudem erkundigt er sich, ob die Bedingungen vor Ort aktuell zumutbar seien oder ob ein Renovationsbedarf bestehe.

Stadtrat **Mark Eberli** antwortet dahingehend, dass die Vertragsverhandlungen aktuell noch im Gange sind. Es wird eine Dauer von ein paar Jahren angestrebt. Aktuell seien die Verhältnisse zumutbar, jedoch bestehe ein Renovationsbedarf, wobei nur noch das Minimum investiert werden soll.

Roland Kübler fragt nach, ob es sich um einen neuen Vertrag oder eine Verlängerung handeln werde.

Stadtrat **Mark Eberli** bestätigt, dass es einen neuen Vertrag geben wird.

Roland Kübler erkundigt sich zudem, wie der Eigentümer bzgl. Unterhalt in die Pflicht genommen werde.

Stadtrat **Willi Meier** ist der Meinung, dass für diese wenigen Jahre die Unterhaltspflicht kaum eingefordert werden könne. Zudem sei bisher der Unterhalt auch durch die Stadt erfolgt.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 18. März 2013

Traktandum 14

Diverses

Stadtrat **Jürg Hintermeister** informiert kurz darüber, dass die Vertragsverhandlungen mit dem FC Bülach betreffend Baurecht noch im Gange sind. Zudem führt er aus, dass die Submission der Dreifachturnhalle auf dem Sandplatz neben der Hirslen in der Zwischenzeit erfolgt ist. Am 8. April findet diesbezüglich eine Pressekonferenz statt und ab dem 9. April werden die Projekte öffentlich ausgestellt.

Patrick Tantanini informiert über die Initiative der FDP betr. Stadthaus Sechtbach.

Alfred Schmid dankt Stadtrat Mark Eberli für seine Ausführungen zum Thema Betriebsführung der Rössligasse durch die Stiftung Alterszentrum Bülach. Er gibt zudem bekannt, dass die RPK einstimmig beschlossen habe, die durch die RPK gegen den Stadtrat eingereichte Aufsichtsbeschwerde betreffend Abteilung Bau & Umwelt via Extranet allen Gemeinderäten zugänglich zu machen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für das Ausscheidungsturnier des „Donschtig-Jass“ vom 25. März 2013 noch dringend Jugendliche bis 18 Jahre gesucht werden. Anmeldungen können über die Webseite der Stadt noch bis zum 21. März vorgenommen werden.

Weiter weist er noch einmal darauf hin, dass – wie bereits per E-Mail kommuniziert wurde – die Stimmrechtsbeschwerde von Roland Kübler betreffend Abstimmung über den Produktgruppenvorschlag vom 10.12.2012 durch den Bezirksrat abgewiesen wurde.

Somit haben alle Geschäfte der Gemeinderatssitzungen vom 12. November 2012 und vom 10. Dezember 2012 Rechtskraft erlangt.

Der **Vorsitzende** lädt alle Anwesenden zum Apero im Foyer ein und schliesst die Sitzung.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 18. März 2013

Bülach, 25. März 2013

Für die Richtigkeit:

Pascal Sidler
Ratssekretär

Geprüft:

Michael Graf
Gemeinderatspräsident

Julia Pfister
1. Vizepräsidentin

Frédéric Clerc
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretär
- Protokollsammlung